

Antragsteller: SPD Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Empfänger: Landesparteitag zur Weiterleitung an den Parteivorstand der Bundes-SPD und die Bundestagsfraktion

Antrag: Zeitgemäße Anpassung des Hartz-IV-Systems

Beschluss: Der Weg in das „Hartz IV“-System hinein muss verlängert und der Ausstieg daraus erleichtert werden. Die zuständigen Gremien der SPD werden aufgefordert, sich selbstkritisch mit "Hartz IV" zu befassen und alles zu tun, um weiterhin bestehende Defizite zu beheben.

Dazu muss die Arbeitsmarktpolitik neu aufgestellt werden:

- Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate
- Deutliche Anhebung des Regelsatzes im ALG II und ein grundsätzlich bedarfsorientiertes Berechnungsmodell

1,2 Millionen Menschen müssen neben einer Erwerbsarbeit in Hartz IV aufstocken. Um von der eigenen Arbeit leben zu können muss:

- Der gesetzliche Mindestlohn ohne Ausnahmen gelten und die Einhaltung wirksam kontrolliert werden
- Sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden
- Der Missbrauch von Werkverträgen eingedämmt werden

Begründung: Die konkrete Ausgestaltung der zum 1.1.2005 eingeführten Grundsicherung für Arbeitsuchende ("Hartz-IV") hat in vielfacher Weise (z.B. zu geringe Leistungshöhe, unzulässige Pauschalierung, übertriebene Sanktionen bei gleichzeitig unzulänglicher individueller Betreuung) finanzielle Notlagen herbeigeführt und auch Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigt.

Die Jobcenter haben überdies durch eine restriktive und häufig falsche Auslegung der neuen Vorschriften die oben dargestellte Situation verschärft, bei den Betroffenen einen Vertrauensverlust bewirkt und den Eindruck befördert, weder Politik noch Verwaltung wahre ihre berechtigten Interessen.

Der Antrag wurde auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 24.03.2018 Löffingen beschlossen.